

Niederschrift HFA/024/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 06.03.2012

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	bis 20:50 Uhr - TOP 22
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Bernd Lunkwitz FDP

Herr Eckhard Roloff SPD

Vertretung für Frau Peggy Fehrmann

Herr Josef Wilp CDU Vertretung für Frau Monika Lulay

Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen Leiter EWG
Herr Kai Kröger bis 20:25 Uhr - TOP 16

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke Pressesprecherin
Herr Michael Kramer bis 19:35 Uhr - TOP 9
Herr Stephan Aumann bis 21:00 Uhr - TOP 24
Herr Volkmar Löckemann bis 19:35 Uhr - TOP 9
Herr Karl-Heinz Ottenhus bis 19:35 Uhr - TOP 9
Herr Johannes Plagemann bis 18:10 Uhr - TOP 4
Herr Jürgen Wullkotte bis 20:25 Uhr - TOP 16
Herr Joachim Häcker bis 18:10 Uhr - TOP 4
Frau Julia Kersting Schriftführerin
Herr Günter Strauch Leiter Projektmanagement

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Peggy Fehrmann SPD Ratsmitglied
Frau Monika Lulay CDU Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellte Nachtragsvorlage Nr. 136/12, Gesamtstellenplan 2012 und schlägt vor, die Vorlage als TOP 12 zu behandeln.
Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Ausschuss dem Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung am 31. Januar 2012

I 0:03:10

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 31. Januar 2012 gefassten Beschlüsse

I 0:03:31

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe bzw. die Stellungnahme auf dem der Einladung beigelegten Hinweiszettel abgegeben wurde.

3. Informationen

3.1. Konversionstagung

I 0:03:58

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass heute eine Konversionstagung des Städte- und Gemeindebundes NRW im Rathaus stattgefunden habe. Auf Einladung des Städte- und Gemeindebundes NRW seien 35 Kommunalvertreter aus den Bundeswehrstandortschließung betroffenen Kommunen aus Nordrhein-Westfalen, die dem Städte- und Gemeindebund angehören, erschienen. Man habe sich in der Konversionstagung mit den Unterstützungsmöglichkeiten des Landes und mit einem Ansatz der Unterstützung von NRW.URBAN beschäftigt. Man habe Forderungen für den Städte- und Gemeindebund formuliert, um Partnerschaften auf der kommunalen und der Landesebene zu organisieren, um dann einen Konversionsfond und weitere Förderprogramme vom Bund zu fordern. Es werde ein Arbeitskreis der Kommunalvertreter gegründet, welcher sich auf der Handlungsebene der Kommunen für Konversionsprozesse verantwortlich zeigt. Man habe sich darauf verständigt, dass für die Stadt Rheine der Erste Beigeordnete, Herr Kuhlmann, an der Arbeitsgruppe teilnehmen werde. Insgesamt wurde die Tagung von allen Beteiligten positiv bewertet.

Frau Dr. Kordfelder informiert über einen weiteren Termin zum Erhalt des Bundeswehrstandortes am 23. März 2012 in Berlin. Bei dem Termin wolle das Verteidigungsministerium über die Argumente des Exposés diskutieren.

Es liegt eine Antwort auf eine Anfrage der Mitglieder des Deutschen Bundestages an das Bundeskanzleramt zu der Frage, ob im Rahmen der Bundeswehrreform und des Fähigkeitstransfers der CH-53 vom Heer zur Luftwaffe eine Wirtschaftlichkeitsprüfung stattgefunden habe und wenn ja, von wem diese durchgeführt

wurde, vor. In der Antwort heißt es, dass eine formale Wirtschaftlichkeitsprüfung auf der Grundlage der Bundeshaushaltsordnung nicht durchgeführt worden sei. Die Frage der Wirtschaftlichkeit, welche sich aus der Frage des Mehrwerts und insbesondere der Fähigkeiten für die Streitkräfte ergebe, sei berücksichtigt worden, beschränke sich jedoch nicht ausschließlich auf monetäre Aspekte. Frau Dr. Kordfelder sichert zu, dass das Schreiben den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet werde.

3.2. Liquiditätslage der Stadt Rheine

I 0:07:37

Herr Lütke-meier gibt bekannt, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von rund 4,4 Mio. € in Anspruch genommen werde.

4. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Rheine Vorlage: 111/12

I 0:08:09

Herr Häcker informiert anhand der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Brandschutzbedarfsplan.

Herr Plagemann weist darauf hin, dass es bei den Einsätzen in Elte, die einen Erreichungsgrad von 0 % aufweisen, nicht bedeuten würde, dass der Bereich in Elte schlecht abgedeckt sei. Es bedeutet, dass die 9 Funktionen nicht in dieser Zeit am Einsatzort gewesen seien. Herr Plagemann macht deutlich, dass er sich jeden Einsatzbericht vorlegen lasse. Auch die Bezirksregierung habe bestätigt, dass sich in Rheine gerade in den letzten Jahren Einiges getan habe, was das hauptberufliche Personal betreffe. Seit 2009 gebe es die Stärke von 6 Funktionen rund um die Uhr.

Herr Plagemann bezieht sich auf den Bereich Rodde. Aus Vorgesprächen sei ersichtlich, dass der Löschzug Bevergern die erste schnelle Versorgung für Rodde gewährleiste. Es werde sicherlich eine einvernehmliche Lösung mit der Stadt Hörstel geben.

Frau Dr. Kordfelder und die Fraktionsvorsitzenden bedanken sich bei Herrn Häcker für die Ausführungen.

Herr Bonk merkt an, dass ein Zielerreichungsgrad von 90 % ein sehr ehrgeiziges Ziel sei. Den Zielerreichungsgrad könne man nur erreichen, wenn auch die Einsatzstärken angepasst werden würden. Es müssten 14 neue hauptamtliche Kräfte an der Feuer- und Rettungswache eingestellt werden. Das sei finanziell nicht zu leisten. Es müsse daher auch weiterhin eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden. Man sei sich bewusst darüber, dass mit dem Brandschutzbedarfsplan auch Geld in die Hand genommen werden müsse. Bei dem Bereich Rodde sei es wichtig, dass eine interkommunale Zusammenarbeit stattfinde, damit der Orteisteil einen sicheren Brandschutz habe. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Ortel merkt an, dass der Zielerreichungsgrad von 90 % ein Standard sei, den die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auch erwarten können, wenn 85 % die Untergrenze sei. Bei einer Gemeinde von unter 80.000 Einwohnern und der Flächengröße gebe es Probleme, die andere Gemeinden nicht haben. Die Feuerwehr leiste unter diesen Bedingungen eine gute Arbeit.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) der Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes wird festgestellt,
- b) der Zielerreichungsgrad wird auf 90 % festgelegt,
- c) die Verwaltung wird beauftragt, die für den Planungszeitraum von 5 Jahren vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen,
- d) der Fachbereich Recht und Ordnung hat nach Ablauf von 5 Jahren dem Rat der Stadt Rheine eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes sowie einen Bericht über die Umsetzung der im Brandschutzbedarfsplan vorgesehenen Maßnahmen und deren Wirksamkeit zur Beschlussfassung vorzulegen,
- e) der Fachbereich Recht und Ordnung hat dem Rat der Stadt Rheine über wesentliche Veränderungen der Grundlagen des Brandschutzbedarfsplanes zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Integrierte Standort- und Stadtmarketingstrategie für Rheine
Vorlage: 131/12**

I 1:08:32

Frau Gehrke informiert anhand der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über die Integrierte Standort- und Stadtmarketingstrategie.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass ein Vermerk in Ergänzung der Vorlage an die Fraktionsvorsitzenden geschickt worden sei.

Herr Bonk bedankt sich für die Ausführungen. Er hält fest, dass sich alle einig seien, dass das Stadtmarketing in Rheine verbessert und koordiniert werden müsse. Man habe die Verwaltung gebeten, eine Aufstellung zu machen, in wie vielen Bereichen in Rheine Gelder für Stadtmarketing ausgegeben werden, um bei den Haushaltsplanberatungen unter Umständen Korrekturen vornehmen zu können. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen. Es sei zu befürworten, dass die einzelnen Geschäftsfelder eindeutig festgelegt worden seien. Es müsse für diese Geschäftsfelder jedoch eine Koordinierung stattfinden. Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages zu streichen und einen neuen Punkt einzuführen. Dieser neue Punkt 3 lautet wie folgt: „Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine zu beschließen: Eine Koordinierungsstelle auf der Grundlage der Empfehlung des Büros Frauns bei der EWG einzurichten.“

Auf Nachfrage von Frau Dr. Kordfelder informiert Herr Bonk, dass dieses bis zur nächsten Ratssitzung am 27. März geschehen solle.

Herr Reiske erläutert, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag nicht folgen könne. Er sei nicht konkret genug. Eine klare Verantwortlichkeit beim Stadtmarketing sei notwendig. Den Punkten 1 und 2 könne die Fraktion folgen. Jedoch gebe es ebenfalls einen neuen Punkt 3. Dieser Punkt laute: „Die Koordinierungsstelle Stadtmarketing werde als Stabsstelle innerhalb der Verwaltung direkt der Bürgermeisterin angegliedert. Der Umfang dieser Stelle sei noch zu benennen.“ Das Stadtmarketing sei als Aufgabe der gesamten Stadt anzusehen und daher nicht bei der EWG anzusiedeln. Wenn diese Koordinierungsstelle bei der EWG angesiedelt werden würde, entziehe sich diese Stelle der notwendigen Transparenz und der Kontrolle durch die Bürgerschaft. Es sei notwendig, im Fachausschuss und im Rat über die Arbeit werten zu können, und es sei wünschenswert, sich auch Berichte vorlegen lassen zu können.

Herr Roscher weist darauf hin, dass das eigentliche Problem nicht gelöst worden sei. Frau Frauns habe auf konkrete Fragen deutlich gemacht, dass, wenn sich die 3 Gruppierungen geeinigt hätten, sie auch den jeweiligen Vorschlag formuliert hätte. Wenn die Einigung gewesen wäre, die Koordinationsstelle müsse bei der Stadt Rheine angegliedert sein, hätte sie diesen Vorschlag gemacht. Also die Priorisierung, dass die EWG Koordinationsstelle sein müssen, wurde von Frau Frauns in den Gesprächen deutlich relativiert. Sie habe auch eingeräumt, dass sie mit ihrer eigenen persönlichen Zielsetzung, diese 3 Akteure zusammenzuführen, gescheitert sei. Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Ortel hält fest, dass die Punkte 1 und 2 unproblematisch seien. Das Problem werde schon sehr lange diskutiert, es fällt daher schwer, sich noch mehr Zeit dafür zu nehmen, wenn man gleichzeitig der Meinung sei, dass es sich um eine dringliche Aufgabe handele. Der Handlungsbedarf sei unabweisbar. Das Gutachten des Büros Frauns sei eine gute Handlungsgrundlage. Die EWG sei eine städtische Gesellschaft, die von den im Rat vertretenen Fraktionen kontrolliert werde.

Herr Niehues macht deutlich, dass Frau Frauns eine ernüchternde, offene und ehrliche Bilanz vorgelegt habe. Es sei an der Zeit, zu einer Entscheidung zu kommen. Es gebe keine Notwendigkeit, weiter Zeit ins Land gehen zu lassen, um die Entscheidung, an welcher Stelle die Koordination stattzufinden habe, hinauszuschieben. Die Einwerbung von privaten Mitteln sei durch die Kontaktmöglichkeiten zur Wirtschaft am einfachsten durch die EWG zu realisieren. Bei der EWG habe man durch das dort vorhandene Personal die Möglichkeit, die erste Phase bereits in diesem Jahr weiter auszubauen und umzusetzen. Die 2. Stelle sollte man unter der Voraussetzung einrichten, dass die Wirtschaft sich mindestens zu 50 % beteilige.

Vor 2 Jahren habe man Sondermittel in Höhe von 50.000,00 € für das Stadtmarketing dem Verkehrsverein zur Verfügung gestellt. Dies seien Gelder, die ganz speziell für Stadtmarketingaspekte ausgegeben werden können. Die Gelder seien nicht automatisch für den Verkehrsverein bestimmt. Es sei auch möglich, über die Gelder ggf. bei den Haushaltsplanberatungen für 2013 neu zu entscheiden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass sie sich als Verwaltung nichts an Werbemitteln und Personal finanzieren lassen würden von Firmen, die gleichzeitig bei ihr einen Beratungsauftrag haben.

Herr Holtel weist darauf hin, dass jedem der Akteure bei den Haushaltsplanberatungen Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. Keinem werden Gelder weggenommen.

Herr Roscher räumt ein, dass, wenn sich von 3 Gruppierungen 2 nicht mit dem Koordinator vertragen, die Sache scheitern werde. Eine weitere Beratungsrunde sei daher sinnvoll. Irritierend sei die Aussage von Herrn Niehues, Handlungsfeldern die Gelder zu kürzen. Die Handlungsfelder sollten, so wie sie beschrieben sind, weiter agieren können.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass es nicht darum gehe, noch weitere Beratungsrunden einzuschieben. Es gehe darum, dass alle miteinander in einem Projektteam arbeiten. Man benötige dafür keine neuen Stellen und keine neuen Ressourcen. Man könne nicht in neue freiwillige Leistungen investieren. Der Rat habe sich dazu verpflichtet. Aus diesem Grund könne es nur den vorgelegten Vorschlag geben.

Herr Mollen merkt an, dass jede der 5 Säulen erfolgreich gewesen sei. Nur die Koordination habe nicht funktioniert. Frau Frauns habe gesagt, dass die beste Lösung die Einigung der Beteiligten und die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes sei. Die Besetzung einer freiwilligen Aufgabe sei nicht notwendig.

Herr Reiske macht darauf aufmerksam, dass es fraglich sei, wie Transparenz über einen Aufsichtsrat hergestellt werden soll, der nicht öffentlich tage. Der Bereich werde der Öffentlichkeit entzogen.

Herr Wilp hält fest, dass insgesamt festgestellt worden sei, dass es Handlungsbedarf gebe. Dieses sei nur in Zusammenarbeit möglich. Es sei genug über das Verfahren diskutiert worden. Es habe keinen Sinn, diese Ebene noch weiter zu führen. Eine Entscheidung sei notwendig.

Herr Ortel weist darauf hin, dass festgestellt worden sei, dass das Konzept nicht funktioniere, wenn jeder koordiniert. Alle Akteure werden sicherlich ihre gute Arbeit weiter machen.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass man vorsichtig sein müssen, wenn man bei den 5 Geschäftsfeldern eine Koordinationsverbindung schaffe und darüber nachdenke, einem der 3 Beteiligten Geld wegzunehmen. Das Resultat werde sein, dass es dann zukünftig nichts weiter zu koordinieren gebe.

Herr Bonk macht deutlich, dass man dem Verkehrsverein kein Geld wegnehmen wolle.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine zu beschließen:

1. Das Konzept „Integrierte Standort- und Stadtmarketingstrategie“ (Anlage 1 der Vorlage) des Büros Frauns, Münster, wird zur Kenntnis genommen.
2. Die fünf Geschäftsfelder
 - Stadtwerbung
 - Standortmarketing,
 - Citymanagement
 - Tourismus und Freizeit sowie
 - Veranstaltungsmanagement und Service

werden mit den entsprechenden Verantwortlichkeiten und Aufgaben als Grundlage für die weitere Zusammenarbeit verbindlich festgelegt (Seiten 16 – 19 des als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Konzeptes). Grundlage der Arbeit in den Geschäftsfeldern sind die vom Rat der Stadt Rheine beschlossenen Konzepte und Programme, u. a. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept, Zielvereinbarung Innenstadt.

3. Eine Koordinierungsstelle ist auf der Grundlage der Empfehlung des Büros Frauns bei der EWG einzurichten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

6. Einwohnerfragestunde

I 2:19:36

Es folgen keine Wortmeldungen.

7. Beitritt zur interkommunalen Verbrauchergenossenschaft beim Städte und Gemeindebund Vorlage: 114/12

I 2:19:42

Herr Reiske erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag grundsätzlich folgen könne, da es um Einsparungen für die Stadt gehe. Er werde sich trotzdem enthalten, da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich wünschen würde, dass die Stadt einer regionaler angesiedelten Genossenschaft, als dem Städte- und Gemeindebund, beitreten würde, um auch Gewinne für die regionale Wirtschaft zu generieren. Dort sollten auch soziale und ökologische Standards erfüllt werden. Herr Reiske bittet darum zu überprüfen, ob eine Umsetzung in diesem Rahmen auch möglich sei. Falls es nicht möglich sein sollte, könne man diese Idee auch weiter entwickeln.

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass sie als Mitglied des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes die Anregung mitnehmen werde.

Herr Holtel regt an, sich die Einkaufsgemeinschaft der 28 Stadtwerke näher anzusehen, die seit Jahren in dem Bereich tätig seien. Einer der Initiatoren der Einkaufsgemeinschaft seien die Stadtwerke Rheine gewesen, die auch einen Großteil der Einkaufstätigkeit abwickeln. Das Personal befinde sich bei den Stadtwerken und werde prozentual mitfinanziert. Mit dem Potential vor der Haustür werde man sicherlich in bestimmten Dingen der heimischen Wirtschaft helfen können.

Herr Ortel weist darauf hin, dass die eine Variante die andere nicht ausschließe. Man könne gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Das Risiko sei sehr gering, die Chancen könne man derzeit nicht abschätzen und die geringen Kosten seien an dieser Stelle zu vernachlässigen.

Herr Bonk informiert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Roscher hält fest, dass auch die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Beschluss:

- 1) Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, der vom Städte- und Gemeindebund NW zu gründenden interkommunalen Verbrauchergenossenschaft beizutreten.
- 2) Die Bürgermeisterin wird bevollmächtigt, die Beitrittserklärung zu unterzeichnen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	18	Ja-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

8. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung: Fachbereich Recht u. Ordnung, Produkt 31 – „Service/Recht“. Liste 1.11 der Liste 1 der Konsolidierungsvorschläge: Auslagerung der Rechtsberatung nach Ausscheiden des Stelleninhabers. Vorlage: 108/12

I 2:24:20

Herr Roscher hält fest, dass die Vorlage überzeugend sei und die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Bonk schließt sich der Aussage an. Die CDU-Fraktion werde ebenfalls zustimmen.

Herr Reiske merkt an, dass noch nicht klar sei, ob es einen Vorteil gebe, wenn die Stelle neu besetzt werde. Es gebe immer wieder unterschiedlicher Rechtsfelder. Ein Jurist könne nicht von allem Kenntnis haben. Fraglich sei, ob es nicht auch möglich sei, sich externen Sachverstand einzukaufen. Die Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, die finanziellen Auswirkungen von der Örtlichen Rechnungsprüfung prüfen zu lassen.

Herr Ortel entgegnet, dass die AfR-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Holtel weist darauf hin, dass deutlich geworden sei, dass man neben Herrn Kuhlmann noch einen weiteren Juristen in der Verwaltung benötige

Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Aussage von Herrn Reiske. Es sei sicherlich in fachlichen Beratungsfragen möglich, externe Juristen einzusetzen. Bei der Bearbeitung von Fällen sei aber die Einbindung in die Prozesse für eine Kommune wichtig. Dieses koste für einen externen Juristen sehr viel Zeit. Die Anwendung der Rechtskenntnis sei ca. 1/8 der Tätigkeit. Die Sachverhaltserarbeitung nehme die meiste Zeit in Anspruch. Kanzleien arbeiten üblicherweise mit Stundensätzen von 150,00 € bis 400,00 €. Bei einer üblichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden liege man dann in einem Bereich von 12.000,00 €. Es macht daher wenig Sinn, mit einer externen Kanzlei zu arbeiten. Die Einbindung und die kurzen Wege seien wichtig. Ein juristisches Management sei möglich. In dem Fall werde geprüft, ob es bei einer Klage Aussicht auf Erfolg gebe, wenn ja, könne man den Fall an eine externe Firma vergeben, weil die Anwaltskosten von der Gegenseite zu erstatten seien. Diese habe dann Auswirkungen für den Kläger, üblicherweise den Bürger. Für die Stadt werde dieser Weg aber günstiger sein. Herr Kuhlmann stellt klar, dass man einen Juristen, der in der freien Wirtschaft tätig ist, nicht mit einem Juristen in der Verwaltung vergleichen dürfe. Aufgrund der Stellung der Kommune nehme sie eine andere Aufgabe wahr. Sie Sorge dafür, dass es eine rechtmäßige Entscheidung gebe. Diese könne auch zu Ungunsten der Kommune ausfallen.

Herr Reiske entgegnet, dass die Argumente klar seien. Insofern werde er dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Ortel erläutert, dass es immer wieder Situationen gebe, in denen man Mitarbeiter entlasse, die damit nicht von der Gehaltsliste der Stadt gestrichen werden, da sie sich in der Altersteilzeit befinden. Wenn diese Stellen wiederbesetzt werden, schaffe man für den Zeitraum, bis derjenige endgültig in Pension sei, eine Doppelbelegung.

Herr Hermeling entgegnet, dass es sich hier um eine Angestelltenstelle handele. Bei der Ergebnisrechnung werden Rückstellungen aufgelöst, sodass der Ergebnisplan durch die Zahlung an den Stelleninhaber nicht weiter belastet werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Rechtsberatung nach Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers nicht auszulagern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 3101 "Rechtsvertretung/ -beratung"
Vorlage: 110/12

I 2:32:20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 3101 „Rechtsvertretung/-beratung“ im Fachbereich 3 zum 1. Januar 2013 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle öffentlich auszuschreiben und rechtzeitig wieder zu besetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 5110 "Bauzeichner Stadtplanung" im Fachbereich 5
Vorlage: 109/12

I 2:32:44

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 5110 „Bauzeichner Stadtplanung“ im Fachbereich 5 mit sofortiger Wirkung aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2012 - 2015
Sonderprojekt "IHK Dorenkamp"
Vorlage: 075/12

I 2:33:59

Herr Roscher bemängelt, dass die Damloup-Kaserne nicht im Programm aufgeführt sei. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Bund als Eigentümer mit in eine Verpflichtung gekommen wäre.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojekts „IHK Dorenkamp“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Haushaltskonsolidierung - Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: 118/12

I 2:35:12

Herr Mollen bezieht sich auf Nr. 20 der Konsolidierungsvorschläge. Er weist darauf hin, dass er an der Strategie- und Finanzkommission teilgenommen und in Erinnerung habe, dass, nachdem der Mietvertrag mit der Polizei auslaufe, das Thema der Schließung der Nebenstelle des Rathauses in Mesum erneut diskutiert werden solle.

Herr Strauch stellt klar, dass es sich bei der Liste um eine Bestandsaufnahme handele. Eine Verdeutlichung und Ergänzung sei möglich.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass zu diesem Thema demnächst Gespräche geführt werden.

Herr Reiske macht deutlich, dass die Veranstaltung am 19. Januar 2012 ernüchternd gewesen sei. Eine größere Einbindung der Bürger in die Beratung und den gesamten Prozess des Haushaltsplanes im Sinne eines Bürgerhaushaltes und eine höhere Transparenz wären wünschenswert.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass man sich nach der Veranstaltung intensiv ausgetauscht habe. Auch aufseiten der Verwaltung denke man über neue Formate nach.

Herr Brauer bezieht sich auf Nr. 25 der Konsolidierungsvorschläge. Dort sei aufgeführt, dass ein langfristiger Mietvertrag für die Wirtschaftsförderung vorhanden sei. Die Frage der räumlichen Unterbringung soll rechtzeitig vor Ablauf des Mietvertrages geprüft werden. Der Vorschlag soll weiterverfolgt werden. Die Strategie- und Finanzkommission habe dieses genauso bei Nr. 20 entschieden. Nr. 20 soll daher auch mit „Vorschlag weiterverfolgen!“ gekennzeichnet werden.

Herr Gude ergänzt, dass man einheitlich verfahren müsse. Bei dem Punkt 26 müsse man ähnlich handeln. Das Thema Bäderstruktur sei in Auftrag gegeben worden und daher auch in einer Prüfung. Es müsste eine entsprechende Markierung vorgenommen werden. Die Punkte werden weiterverfolgt, zwar nicht jetzt, aber zur Wiedervorlage bei Vertragsende.

Herr Kuhlmann schlägt vor, eine Unterkategorie zu bilden. Zwischen dem Vorschlag zu Mesum und dem der Wirtschaftsförderung gebe es einen Unterschied. Neben dem Mietvertrag gebe es noch einen weiteren Vertrag von 1975, der keine Kündigungsklausel enthalte. In diesem Vertrag gebe es eine Garantie für bestimmte Einrichtungen, u. a. in Mesum. Dieses sei ein juristischer Unterschied zu dem Vertrag der Wirtschaftsförderung. „Nicht weiterverfolgen“ bedeute hier nicht, dass nicht daran gearbeitet werde, sondern lediglich, dass man in der jetzigen Konstellation nicht weiter komme.

Herr Strauch macht deutlich, dass auf 2 Feldern gearbeitet werde. Zum einen gebe es die Strategie- und Finanzkommission und zum anderen den Haupt- und Finanzausschuss. Die Ausdrucksweise sei so gewählt worden, da man sich in der

Konstellation der Strategie- und Finanzkommission nicht weiter mit dem Punkt beschäftigen. Eine zusätzliche Kategorie „In Bearbeitung“ sei möglich.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Nr. 20 mit „In Bearbeitung“ zu kennzeichnen.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses erklären sich damit einverstanden.

Beschluss:

Auf Empfehlung der Strategie- und Finanzkommission fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

1. Bezüglich der Bürgeranregungen zur Haushaltskonsolidierung soll, wie aus der beigefügten Gesamtübersicht (**Anlage der Vorlage**) ersichtlich, weiter verfahren werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die Konsolidierungsvorschläge, die weiterverfolgt werden sollen, für die weitere Beratung in den Fachausschüssen inhaltlich aufzubereiten.
3. Die Konsolidierungsthemen und -ergebnisse werden in die bisherige Liste 1 „Konsolidierungsvorschläge“ integriert.
4. Die Bürger erhalten wie bisher keine Antwort auf ihre Hinweise und Vorschläge, da sie aus der öffentlichen Diskussion und entsprechenden Entscheidungen in den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss den Sachstand verfolgen können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Gesamtstellenplan 2012 Vorlage: 136/12

II 2:44:49

Herr Bonk bezieht sich auf I „Übersicht der Änderungen durch die Fachausschüsse“, Punkt 1 „Ausweitungen“. Im Fachbereich 0 „persönliche Referentin der Bürgermeisterin und Leitung des Pressereferates“ sei ein Stellenanteil von 0,5 % eingestellt worden. Hier sei jedoch eine ganze Stelle eingerichtet worden. Fraglich sei, wo der weitere Stellenanteil von 0,5 % zu finden sei.

Herr Hermeling erläutert, dass unter der Kategorie „Ausweitungen“ eine halbe Stelle aufgeführt worden sei. Weiter sei unter der Kategorie „Reduzierungen“ eine ganze Stelle aufgeführt worden. Die anderen 0,5 Stellenanteile seien die Korrespondenz zu der Stelle im Fachbereich 7 im Bereich der Zeiterfassung. Dort sei eine weitere halbe Stelle eingespart worden. Diese beiden Stellen ergeben in der Summe eine Reduzierung von 1,0 Stellenanteilen. Faktisch betrachtet ergebe sich folglich eine Reduzierung von 0,5 Stellenanteilen im Bereich des Pressereferenten.

Herr Niehues fordert, dass die Veränderungen zwischen den Fachbereichen 0 und 7 der Wirklichkeit angepasst werden. Wenn es eine Einsparung von einer halben Stelle im Fachbereich 7 gebe, dann müsse der Stellenanteil auch im Fachbereich 7 reduziert werden. Der Fachbereich 0 müsse um die Stelle der persönlichen Referentin und der Leitung des Pressereferates aufgestockt werden. Die neue Stelle der persönlichen Referentin und Leiterin des Pressereferates habe es in dieser Form vorher nicht gegeben. Seit 2010 habe es eine Probephase für die Stelle der persönlichen Referentin gegeben. Sie sei aber nicht im Stellenplan eingepflegt worden. Herr Niehues fordert, dieses bis zur nächsten Ratssitzung klar und deutlich nachvollziehbar darzustellen.

Herr Hermeling stellt klar, dass rein zahlentechnisch keine anderen, als die vorliegenden Zahlen geliefert werden können. Faktisch betrachtet gehe es darum, welche Ressourcen eingesetzt werden. Die Stelle des Pressereferenten ist halbiert worden. Die Funktionen, die bisher Herr Weber wahrgenommen habe, müssen zur Hälfte aufgefangen werden. Dieses sei dadurch realisierbar, dass Frau Gehrke diese zur einen Hälfte übernehme und dass durch interne Umschichtungen und Reduzierungen der Aufgaben im Pressereferat auf die eine halbe Stelle verzichtet wurde. Den Auftrag, Herrn Webers Stelle aufzulösen, habe man wahrgenommen. Seinerzeit sei gesagt worden, dass nicht die Stelle des Pressereferenten eliminiert werden solle. Die Verwaltung wurde seinerzeit aufgefordert, durch Umschichtung innerhalb der Verwaltung dieses zu kompensieren. Herr Hermeling macht deutlich, dass genau dieses gemacht worden sei.

Herr Niehues hält fest, dass es seit 2 Jahren faktisch eine Stelle mehr gebe, die in den Stellenplan integriert werden müsse. In der Summe ändere sich dadurch nichts.

Herr Roscher weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion nach wie vor davon überzeugt sei, dass der kw-Vermerk der Stelle von Herrn Weber hätte gestrichen werden sollen. Das Aufgabenprofil sei sehr umfangreich. Die Leitungsfunktion des Pressereferates sollte als volle Stelle ausgewiesen sein. Die SPD-Fraktion stimmt dem Stellenplan daher so nicht zu.

Herr Reiske ergänzt, dass er sich den Ausführungen von Herrn Roscher anschließe.

Herr Hermeling informiert, dass die Probleme, auf die Herr Niehues hinweist, auf die Umorganisation im Fachbereich 7 zu den Stellen von Herrn Vogelsang, Frau Kersting und Frau Gehrke zurückzuführen seien. Diesen Kontext werde Herr Hermeling bis zur Ratssitzung darstellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den dieser Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beigelegten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2012.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	12	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen

14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2012 - 2015 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 123/12

II 2:58:42

Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 01, Ziffer 16 „Bekanntmachungen“. Eine Reduzierung von 10.000,00 € auf 2.000,00 € sei bürgerunfreundlich und nicht hinnehmbar. Herr Bonk hält es für notwendig, dass zumindest der Zeitpunkt der Ausschusssitzungen und Stadtteilbeiratssitzungen bekannt gemacht werden müsse. Eine genaue Auflistung der Tagesordnung sei nicht erforderlich. 10.000,00 € seien dafür nicht erforderlich. Die Verwaltung wird gebeten, mit den Medien zu sprechen und die Form und Struktur der Anzeigen entsprechend zu verändern, um mit einer Summe von 5.000,00 € auszukommen. Nicht jeder könne das Internet lesen. Die CDU-Fraktion beantrage daher, statt 2.000,00 € 5.000,00 € einzusetzen.

Frau Dr. Kordfelder fragt, ob diese 5.000,00 € gleichmäßig auf beide Zeitungen verteilt werden sollen.

Herr Bonk entgegnet, dass die Organisation der Veröffentlichung der Verwaltung überlassen werde.

Herr Reiske bezieht sich auf seinen Antrag aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung, die Personalkosten in Höhe von 110.000,00 € für Safe & Co. zu streichen. Diese solle dahin gehend verändert werden, dass das Personal in Richtung der Überprüfung des ruhenden Verkehrs überführt werde, damit es keine Kündigungen geben müsse. Herr Reiske weist darauf hin, dass es das Gerücht gebe, dass die Bürgermeisterin und der Landrat über ein Gutachten bezüglich der Wirksamkeit von Safe & Co verfügen. Herr Reiske stellt den Antrag über die Streichung der 110.000,00 €.

Frau Dr. Kordfelder versichert, dass ihr dieses Gutachten nicht bekannt sei.

Herr Ortel bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Bonk und merkt an, dass er sich dem nicht anschließen könne. Es sei im Grunde verpulvertes Geld.

Herr Holtel informiert, dass das Thema der Veröffentlichung von Sitzungen in einer oder beiden Zeitungen schon einmal diskutiert worden sei. Man habe sich damals dafür entschieden, die Zeitung mit den meisten Abonnenten zu wählen. Die FDP-Fraktion werde sich dem Kompromissvorschlag von Herrn Bonk anschließen.

Herr Niehues hält fest, dass es sich bei der Veröffentlichung um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. Insofern sei es Aufgabe der Verwaltung zu entscheiden, mit einer oder beiden Zeitungen zu verhandeln. Herr Niehues weist darauf hin, dass die Information der Sitzung, gerade auch der Sitzung der Stadtteilbeiräte, wichtig sei.

Herr Niehues bezieht sich auf die Produktgruppe 02, Ziffer 13 „Stadtmarketing“. Dort seien die Zahlungen an den Verkehrsverein aufgeführt und die seit 2010 eingeführte Sonderposition in Höhe von 50.000,00 € für Stadtmarketingmaßnahmen. Diese 50.000,00 € seien nicht automatisch Mittel für den Verkehrsver-

ein. Diese Mittel habe man dem Fachbereich 0 für Stadtmarketingmaßnahmen, z. B. für Stadtwerbung, zur Verfügung gestellt.

Herr Roscher entgegnet, dass die 50.000,00 € in den vergangenen Jahren für Stadtmarketingmaßnahmen ausgegeben worden seien. Wenn diese gezielt ausgegeben werden würden, müssten Ausgaben in anderen Bereichen reduziert werden.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass dem Vermerk zu TOP 5 zu entnehmen sei, dass der Verkehrsverein jährlich einen allgemeinen städtischen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € erhalte. Unter anderem aus steuerrechtlichen Gründen sei dieser Zuschuss nicht explizit als Marketingzuschuss deklariert. Zusätzlich erhalte der Verkehrsverein einen Zuschuss zu den Personalkosten in Höhe von 216.000,00 €. Für die Durchführung von Projekten im Veranstaltungs- und Tourismusbereich sowie bei entsprechenden Marketingmaßnahmen erwirtschaftete der Verkehrsverein dazu Eigenmittel in Höhe von 369.700,00 € (58 % der Gesamtausgaben).

Herr Niehues erinnert an die Beschlussfassung vor etwa 3 Jahren. Damals habe man festgelegt, dass diese 50.000,00 € nicht direkt dem Verkehrsverein zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die 50.000,00 € als Transferleistung im Haushaltsplan veranschlagt worden seien.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, in der Produktgruppe 01, Ziffer 16 „Bekanntmachungen“, 5.000,00 € einzusetzen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	10	Ja-Stimmen
	9	Nein-Stimmen

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die Mitarbeiter des Safe & Co. durch die Stadt finanziert werden würden, wenn sie bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs eingesetzt werden würden.

Herr Reiske stellt daraufhin den Antrag, die 110.000,00 € für das Personal des Safe & Co. im Haushalt zu streichen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	1	Ja-Stimmen
	18	Nein

Herr Reiske beantragt, über die Beschlussvorschläge einzeln abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter

Ziffer I enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Gegenstimme

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den vorgeschlagenen Budgetveränderungen gemäß der Anlage 3 der Vorlage aufgrund des beschlossenen Wirtschaftsplanes der Technischen Betriebe AÖR 2012 bis 2015 zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Ziffer III – Sonstige Budgetveränderungen – aufgeführten Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 4 und 5 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer IV enthaltenen Erläuterungen zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

5. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der der Vorlage als Anlage 6 beigefügten Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindordnung NW unter Berücksichtigung der unter Ziffer V gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2012 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Gegenstimme

7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

15. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: 122/12

I 3:20:34

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage beigefügten Anregung bzw. Beschwerde im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregung bzw. Beschwerde nicht erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Anfragen und Anregungen

I 3:21:40

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 20:25 Uhr

Frau Dr. Kordfelder unterbricht um 20:25 Uhr auf Antrag der SPD-Fraktion die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses für 10 Minuten.

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführer